

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege

Noch ist der Donner der Geschütze nicht verstummt; noch dauert die Vernichtung von Menschenleben und alles dessen, was Menschenhände schufen, an. Aber die Tatsache, daß den Russen in den letzten Monaten mächtige Schläge versetzt wurden und Engländer und Franzosen an der Westfront unsere Stellung nicht zu erschüttern vermochten, rückt doch die Hoffnung auf einen endlichen Frieden näher. All unser Denken und Empfinden ist gewiß in erster Linie auf den siegreichen Ausgang des Krieges gerichtet. Dessenungeachtet blicken wir auch auf die Zukunft. Heute wissen wir noch nicht, wie die Landkarte in Europa nach dem Kriege aussehen wird, und doch beschäftigt uns die Frage: Was wird nach dem Kriege die wirtschaftliche und soziale Entwicklung uns für Neuerungen bringen? Aber noch näher liegt für Millionen von Menschen eine andere Frage, und zwar die: Werden wir nach dem Kriege lohnende Beschäftigung finden? Sollte dieses nicht der Fall sein, werden dann Mittel und Wege gefunden, um der Not zu steuern?

Mit bestimmter Sicherheit läßt sich nichts darüber sagen, wie die Arbeitsbeschaffung beschaffen sein wird; es kann sich nur um Möglichkeiten handeln, die vielleicht eintreten werden. Die Friedensbedingungen, eine Vergrößerung Deutschlands, günstige Handelsverträge, die Höhe der Kriegskostenentschädigung und noch manche anderen Umstände werden das Erwerbsleben Deutschlands beeinflussen.

Wenn wir uns die deutsche Volkswirtschaft nach vierzehn Monaten des Weltkrieges betrachten, dann ist die Erschütterung keineswegs so eingetreten, wie das auch in unseren Kreisen vielfach befürchtet wurde. Durch die Einziehung zahlreicher Personen zum Kriegsdienst und dem starken Bedarf an Kriegsmaterial ist in den letzten Monaten sogar Mangel an Arbeitskräften in vielen Betrieben eingetreten. Die deutsche Volkswirtschaft ist vom Weltverkehr in starkem Maße abgeschnitten und nur ein beschränkter Austausch von Waren findet noch statt. Wir sind damit wirklich zu einer nationalen Volkswirtschaft gezwungen. Das deutsche Volk ist angewiesen, seine Gebrauchsgegenstände einschließlich Kriegsbedarfartikel selbst zu erzeugen. Solange uns das gelingt, solange unsere Arbeitsenergie nicht gebrochen ist, kann unsere Zahlungsbilanz sich wohl etwas verschieben, aber wirtschaftlich bestesgen können uns unsere Feinde nicht. Da wir jedoch zahlreiche Gewerbe hatten, die für den Weltverkehr arbeiteten, so war eine Umwandlung der Produktion notwendig. Ohne Stockung ging das nicht ab, aber es ist doch in hohem Maße gelungen. Damit wurde der Beweis einer unvergleichlichen Anpassungsfähigkeit erbracht. Ist nun der Krieg zu Ende, dann werden die weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden müssen. Das wird eine größere Zeitspanne in Anspruch nehmen. Millionen Arbeitskräfte kehren heim, die gerade in Industrien tätig waren, die eben für den Weltverkehr arbeiteten. Mit Friedensschluss, so könnte man meinen, würde auch der Bedarf an Kriegsmaterial aufhören. Hier würde wiederum ein großer Uberschuß an Arbeitskräften eintreten. Dadurch würden wir, so scheint es, recht ungünstige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wenn wir gläubige Anhänger des dogmatischen wirtschaftlichen Liberalismus wären und wenn in der Praxis alles dem freien Spiel der Kräfte oder dem blinden Zufall überlassen würde, dann wären die Aussichten allerdings äußerst trübe. Im letzten Menschenalter und noch mehr jetzt im Kriege haben wir einsehen gelernt, daß das Dogma des wirtschaftlichen Liberalismus wohl im Interesse gewisser Kreise liegt und deshalb immer wieder verbreitet wird. Wir wissen jedoch, daß durch allerlei Maßnahmen der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung stark in andere Bahnen gewiesen werden kann. Für die Zeit nach dem Kriege muß man

deshalb den Grundsatz vertreten, daß durch den Staat und die Kommunen alles getan werden muß, um 1. Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und 2., wenn sich keine Arbeitsgelegenheit findet, ein weiteres Sinken der Arbeiterschaft durch Unterstützungen verhindert werden muß.

Nichts wäre deshalb auch verkehrter, als wenn nach dem Kriege die für den Kriegsbedarf tätigen Industriezweige bald zum Stillstand kämen. Dafür sprechen zwei wichtige Gründe. Zunächst liegt ein militärisches Interesse vor. Durch den Krieg der Gegenwart sind wir dahin belehrt worden, daß es keinen ewigen Frieden gibt. Aussicht auf Ruhe hat nur dasjenige Staatswesen, das machtvoll und stark ist und jeden Feind durch seine Stärke vor einem Angriff warnt. Unter Anwendung und Ausnützung der in langer Kriegszeit gemachten Erfahrungen muß unsere internationale Verteidigung möglichst bald auf die erreichbare Höhe gebracht werden. Durch den Krieg ist natürlich außerordentlich viel Material beschädigt und teilweise auch unbrauchbar geworden. Kann es wohl eine bessere Gelegenheit für Wiederherstellung und Ergänzung des Kriegsmaterials geben wie die Uebergangszeit nach dem Kriege, bis die weltwirtschaftlichen Verbindungen wieder angeknüpft sind? Damit wird dann auch ein sozialer Zweck erreicht, es wird eine große Zahl von Arbeitern Beschäftigung erhalten. Gewiß kommt die Geldfrage hier in Betracht. Die Angelegenheit ist jedoch so wichtig, daß einige Milliarden Schulden bei weitem das kleinere Übel sind.

Sicher ist damit das Problem der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege gelöst. Es wird sich aber für das deutsche Gewerbe im Inland wie im Ausland weitere Arbeitsgelegenheit finden. Für Deutschland kommt in Betracht, den Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Landesteile in Ostpreußen und Elsaß zu beschleunigen. Auch hier wird der Staat Mittel für den angerichteten Schaden beschaffen müssen. Die Betroffenen werden zum Teil mittellos geworden sein, andererseits waren die meisten Gebäude hypothekarisch belastet, was ohne staatliche Hilfe weitere Verluste bedeuten würde. Ähnlich wird wohl in Frankreich und Belgien der Staat die Unkosten der Beschädigung auf sich nehmen. Aus Polen wissen wir ja noch nicht, was damit wird, die Russen werden wohl nicht imstande sein und auch keine Lust haben, den Schaden für ihre Vermüftungen zu tragen. Die Eisenindustrie kann auf lohnende Beschäftigung rechnen, weil ja riesige Materialmengen ersetzt werden müssen. Zahlreiche Brücken sind gesprengt, die doch nur zum größten Teil durch Notbrücken ersetzt wurden. Die Abnutzung des Eisenbahnmaterials wird enorm sein. Sehr viele Schiffe wurden versenkt, beschädigt und abgenutzt. Der Bedarf an Kriegsmaterial wird im In- und Auslande groß sein. Die neutralen Staaten haben die technischen Leistungen im deutschen Schiffsbau, in Geschützen, Gewehren usw. vor Augen und werden die Konsequenzen daraus ziehen. Amerika wird nicht imstande sein, schon durch die viel höheren Transportkosten, der deutschen Eisenindustrie den Anteil zu nehmen. Ist die Eisenindustrie, der Schiffsbau usw. gut beschäftigt, dann wird auch der Kohlenbergbau zu tun haben. Daß das Ausland auch sonst deutsche Produkte braucht, ist nicht zu bezweifeln. In Inseraten suchten kürzlich französische Blätter deutsche Chemiker für die Herstellung von Arzneimitteln. Und so wird es noch auf vielen andern Gebieten sein. Was wir durch mühsolle, langjährige Arbeit errungen haben, kann nicht in einer kurzen und aufgeregten Zeit nachgemacht werden. Gewiß wird eine fanatische Agitation bei unseren Feinden einsetzen. Kann aber beim Friedensschluss durch Deutschland verhindert werden, daß sein Handel durch die feindliche Staatsgewalt nicht besonders behandelt wird, dann brauchen wir nicht bange zu sein. Auf die Dauer liegt doch die solide und preiswerte Ware gegen die teure und schlechtere.

Daraus ist ersichtlich, daß die Aussichten keineswegs schlecht sind. Ja, man kann sogar erwarten, wenn die Kriegskostenfrage in einem für uns gün-

stigen Sinne geregelt werden kann, daß eine Hochkonjunktur eintritt. Es wird dann vorgebaut werden müssen, daß nicht wieder ähnliche Spekulationsmanöver getrieben werden können wie nach dem Kriege 1870.

Schwierigkeiten werden sich nur ergeben bei der Beschaffung des Kapitals und einem großen Teil von technisch geschulten Arbeitern. Es ist möglich, daß aus diesen Gründen der Aufstieg sich verlangsamte, aber auch nicht in ein überhastetes Tempo gebrängt wird.

Alle Kräfte des deutschen Volkes werden nach dem Kriege in Bewegung gesetzt werden müssen, damit wir nicht verdrängt werden von den Weltmärkten. Sofortige Maßnahmen zur Feststellung des Bedarfs, wo deutsche Waren umgesetzt werden. Es muß ausgespürt werden, wo und wie können wir der gegnerischen Konkurrenz begegnen. Nur dann werden wir die Pläne Englands zuschanden machen. Das ganze deutsche Volk ist daran interessiert, daß in dem wirtschaftlichen Vortreten, das nach dem Kriege wahrscheinlich einsetzen wird, wir nicht unterliegen.

Fassen wir das Problem der Arbeitsvermittlung ins Auge, so werden hier engherzige, egoistische Machtfraßen zurücktreten müssen vor der Tatsache, daß hier die weitere Stellung für die Zukunft des deutschen Volkes besetzt werden muß. Aufgabe der Regierung wird es sein, hier vorbereitende Arbeit zu leisten. Nur von einer gut durchdachten, planmäßigen, von einer Zentralstelle geleiteten Organisation, die mit allen Arbeitsvermittlungstellen im ganzen Lande in dauernder Verbindung steht, wird die Nischenarbeit geleistet werden können.

Sind wir also der Ansicht, daß nach dem Kriege mit einer Hochkonjunktur wahrscheinlich zu rechnen ist, so macht uns nur die Uebergangszeit, die nach dem Kriege kommt, einige Sorge. Wenn auch noch eine größere Anzahl von arbeitsfähigen Männern aus militärischen Rücksichten unter den Waffen bleiben muß und der Abtransport aus Feindesland nur langsam vonstatten gehen wird, so bleibt doch wahrscheinlich noch ein Bruchteil von Arbeitern ohne Beschäftigung. Diesen werden aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen gezahlt werden müssen. Nichts würde verderblicher sein, als wenn Deutschlands Söhne von den Schlachtfeldern heimkehren und keine Arbeitsgelegenheit finden und keine Unterstützungen bekämen. Unbankbarer könnte sich die Nation nicht erweisen, als wenn sie einen Teil der Kämpfer größter sozialer Not preisgeben würde. Immer nur das Mögliche und Erreichbare wird von uns verlangt; aber dieses muß auch geleistet werden. Von den richtigen und falschen Maßnahmen, die in dieser Beziehung getroffen werden, hängt die politische und soziale Entwicklung im Innern Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten ab. Ein großes Stück sind wir der inneren Geschlossenheit näher gerückt. Dürfen wir erwarten, daß auch in dieser Beziehung die deutsche Nation den großen Problemen gewachsen sein wird? Wir hoffen es zuversichtlich; an unserer Mitarbeit soll es nicht fehlen. Fr. C.

Lohnbewegungen der christl. Gewerkschaften im Jahre 1914

Die gewerkschaftlichen Lohnbewegungen des Jahres 1914 können mit früheren Jahren deshalb nicht in Vergleich gestellt werden, weil für dieses Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften nur die sieben Monate des Berichtsjahres vor dem Kriegsausbruch in Frage kommen. Als der Krieg ausbrach, haben die organisierten Arbeiter die schwebenden Lohnbewegungen durchweg eingestellt, und zwar nicht nur aus Rücksichten auf den Burgfrieden, sondern im allgemeinen nationalen Interesse aus eigenem freien Willen. Aus dem Abbruch der Bewegungen resultiert aber auch, daß viele Bewegungen ohne Resultat verblieben, die sonst zweifellos einen Erfolg

gezeitigt hätten. Dennoch kann sich das materielle Ergebnis der geführten Vohubewegungen und Kämpfe wohl geben lassen. Im ganzen wurden von den christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre 664 Bewegungen geführt, an denen 43 278 Mitglieder beteiligt waren. 471 Bewegungen verliefen friedlich, in 193 Fällen kam es zum Kampf, darunter achtmal zur Aussperrung. Von den 136 Angriffstreiks waren 69 erfolgreich, 42 hatten einen Teilerfolg und 25 keinen Erfolg. 14 von den 49 Abwehrstreiks hatten einen ganzen, 18 einen teilweisen und 17 keinen Erfolg. Die 8 Aussperrungen verliefen zur Hälfte für die Arbeiter ohne Erfolg, je zwei hatten einen ganzen und teilweisen Erfolg. Ueber die von einzelnen Verbänden erzielten Erfolge werden im Jahresbericht folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Die Bergarbeiter erzielten für 1263 Arbeiter Lohn-erhöhungen im Betrage von 20 bis 60 Pfennig pro Tag; die Textilarbeiter für 4525 Mitglieder Lohn-erhöhungen von weniger als 1 bis zu 5 % wöchentlich — insgesamt 309 074 % auf das Jahr; dazu für 1551 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen von 1—5 Stunden wöchentlich — 141 284 Stunden auf das Jahr. Außerdem wurden Lohn-verschlechterungen abgewehrt, von denen 894 Mitglieder bedroht waren und die jährlich 62 062 % ausgemacht haben würden. Die Metallarbeiter verzeichnen Lohn-erhöhungen für 1191 Mitglieder von 0,60 bis 4,80 % pro Woche, Arbeitszeitverkürzungen für 111 Mitglieder von einer halben Stunde bis 3 Stunden wöchentlich, außerdem die Abwehr beträchtlicher Verschlechterungen, Zurücknahme von Maßregelungen, gesundheitliche Verbesserungen usw.; die Bauarbeiter Lohn-erhöhungen für 2218 Mitglieder von 0,60 bis 6,60 % wöchentlich und Arbeitszeitverkürzungen für 713 Mitglieder von 3—6 Stunden wöchentlich; die Holzarbeiter für 1349 Mitglieder eine wöchentliche Lohn-erhöhung von durchschnittlich 1,80 % und eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2 Stunden; die Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter für 2026 Mitglieder Lohn-erhöhungen von weniger als 1,20—3 % wöchentlich und darüber — insgesamt 292 430 % jährlich, sowie für 267 Mitglieder eine wöchentliche Herabsetzung der Arbeitszeit um 3—6 Stunden — insgesamt 84 942 Stunden auf das Jahr; außerdem Urlaubsgewährung in 12 Fällen, Einführung von Arbeiterausschüssen usw. Die Lohnbewegungen der Keramik- und Steinarbeiter brachten 3677 Mitgliedern wöchentliche Lohn-erhöhungen von insgesamt 6450 % ein; diejenigen der Lederarbeiter 639 Mitgliedern wöchentliche Erhöhungen des Gehaltes um durchschnittlich 1—4 %; diejenigen der Gemeinbedienten und Straßenbahner 474 Mitgliedern Lohn-erhöhungen von 5—26 % monatlich, ferner 65 Mitgliedern Arbeitszeitverkürzungen von 3 und 6 Stunden wöchentlich. Diesem Verband mit seinen überwiegend fest entlohnten Mitgliedern gelang es im übrigen, beträchtliche Erhöhungen von Ueberstundenlöhnen, Verkürzungen der Fristen zur Erreichung der Höchsthöhe bis zu fünf Jahren, die Gewährung von Kinderzulagen, Urlaub usw. durchzubringen. Bei den Schneidern schwankt der erzielte Mehrerwerb zwischen 1,25 und 2,50 % wöchentlich; der Graphische Zentralverband verzeichnet für 200 Mitglieder eine fünfprozentige Lohn-erhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden wöchent-

lich; der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiterverband für 1193 Mitglieder wöchentliche Lohn-erhöhungen von durchschnittlich 0,60 bis 3 % und für 925 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen von einer halben Stunde bis zu drei Stunden wöchentlich; der Malerverband für 341 Mitglieder wöchentliche Lohn-erhöhungen von 0,50 bis 2 % und für 163 Mitglieder wöchentliche Verkürzungen der Arbeitszeit um 1½ bis 3 Stunden; außerdem streik auf Grund der früher abgeschlossenen Verträge im Berichtsjahre der Lohn um 1 Pf. pro Stunde für 260, um 2 Pf. pro Stunde für 985 Mitglieder. Die Gärtner schließlich erkämpften für 139 Mitglieder Lohn-erhöhungen von 1—3 % wöchentlich. — Von den christlichen Gewerkschaften wurden im Berichtsjahre 237 Tarifverträge abgeschlossen. Einschließlich der laufenden Verträge waren sie am Jahreschluss an insgesamt 1260 Tarifverträgen beteiligt.

Unterseeboote an der Arbeit

Ihre Konstruktion und Einrichtung haben in deutschen Landen verhältnismäßig wenig Personen gesehen. Das ist erklärlich. Ohne strenge Wahrung des Geheimnisses der besonderen Einrichtungen und Fähigkeiten dieser Spezialschiffe wäre es nicht möglich gewesen, ihnen eine Ueberlegenheit gegenüber den Schiffen anderer Staaten zu sichern. Im jetzigen Weltkrieg steht die Unterseeboots-tätigkeit im Mittelpunkt der Diskussion. Ueber die Größe, Einrichtung usw. der deutschen Unterseeboote werden dabei Ansichten geäußert, die keineswegs durch Detailkenntnis gestützt sind. Einige Angaben über diese Schiffsart dürften daher am Platze sein.

Die verhältnismäßig kleinen Unterseeboote, mit kaum mehr als 20 bis 30 Mann Besatzung, werden bekanntlich zur Bekämpfung auch der größten Kriegsschiffe verwendet. Einem solchen Koloss, mit vielleicht 25 000 bis 30 000 Tonnen Wasserverdrängung und einer Besatzung von circa 1200 Mann, wäre ein U-Boot keinesfalls gewachsen, wenn es nicht die Tauchfähigkeit besäße. Das U-Boot muß unbemerkt an ein größeres Schiff herankommen können, wenn sein Angriff Erfolg haben und es sich nicht selbst der Vernichtungsgefahr aussetzen will. Deshalb taucht das U-Boot unter, sobald es ein feindliches Schiff gesichtet hat, und nähert sich diesem unter Wasser. Ist der Gegner in gewünschter Entfernung erreicht, gibt das U-Boot nach Möglichkeit und Bedarf Torpedoschüsse auf ihn ab. Bemerkenswert ist, daß die heftigen Torpedos eine Tauchfähigkeit von über 6000 Meter haben, die Torpedierung also aus ziemlich weiter Entfernung erfolgen kann. Voraussetzung dafür ist die Sch-möglichkeit. Die sichere Bewegung des Bootes und das Schießen unter Wasser ist von den Schrohren und den Entfernungsmessern abhängig.

Das Untertauchen des U-Bootes wird bewirkt mittels Einnahme von Wasserballast. Außerdem kommen dabei in Betracht Horizontalruder, welche bei Schrägstellung das Boot unter Wasser drücken. Das Boot selbst bleibt dabei wagemrecht und taucht auf ebenem Tief. Wäre dies nicht, so würde auch das Schrohr in eine schiefe Lage kommen und die Schmöglichkeit erschwert oder ganz ausgeschlossen sein. Ein starkes Schiesstauchen brächte der Besatzung auch sonstige Nachteile. Will das Boot wieder auftauchen, so werden die Ballasttanks mittels Druckluft wieder entleert. Aufgetaucht kann das U-Boot eine größere Geschwindigkeit entwickeln und wieder frische Luft aufnehmen. Damit nicht wegen Mangel an frischer Luft ein vorzeitiges Auftauchen nötig wird, wird die Luft in komprimiertem Zustande mitgeführt. Auch gibt es Lufterneuerungsapparate zur Verbesserung der Luft. Troßdem und aus anderen Gründen stellt der längere

Dienst auf einem U-Boot ganz außergewöhnliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Mannschaft.

Der Betrieb der Unterseeboote und Maschinen erfolgt durch Motore. Zum Ueberwasserbetrieb werden Dieselmotore verwendet, hauptsächlich Dieselmotore. Die Heizung mit Öl bringt weniger Rauchentwicklung und ermöglicht ein rascheres Fahrtbereitssein. Das ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil ein U-Boot nach stundenlangem Warten oft plötzlich eingreifen muß. Der Unterwasserbetrieb erfolgt durch Elektromotore. Eine unentbehrliche Einrichtung ist das Schrohr oder Periscop. Deutschen Firmen ist es gelungen, ein Schrohr zu konstruieren, das weitgehenden Ansprüchen genügt. Auf der 15. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft hat sich darüber der Direktor der optischen Anstalt C. H. Goerz eingehend geäußert. Die einfachste Form eines Schrohres besteht aus einer Röhre, an deren beiden Enden je ein unter 45 Grad geneigter Planspiegel sich befindet. Vollkommener sind totalreflektierende Prismen. Durch Einbau eines Fernrohres in die Beobachtungsröhre wurde das Schrohr weiter verbessert. Um den Horizont in seiner ganzen Ausdehnung ablesen zu können, muß das Schrohr drehbar sein. Beim Nichtgebrauch wird es eingezogen, wozu besondere, elektrisch angetriebene Winden verwendet werden.

Um die Entfernung des beobachteten Gegenstandes möglichst sicher schätzen und berechnen zu können, sind besondere Einrichtungen getroffen. Die beste Einrichtung hierfür ist das Doppelbildmikrometer, bei dem im Mikar zwei getrennte Bilder des gleichen Gegenstandes erscheinen. Stellt man das Instrument dann so ein, daß z. B. der Mittelpunkt des einen Bildes gerade den Kopf des anderen berührt, so läßt sich, sofern nur die wahre Höhe des beobachteten Gegenstandes bekannt ist, die Entfernung mit großer Genauigkeit ermitteln.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Dionisius Lender**, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Schweinfurt; **Salob Egger** (unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier), Mitglied der Zahlstelle Gaimhofen, Verwaltungsstelle Augsburg; **Sellenberg**, Mitglied der Verwaltungsstelle Bremen; **Wag Walter**, Mitglied der Zahlstelle Köln (Zementarb.); **Math. Krahe**, Mitglied der Zahlstelle Groß-Conigsdorf; **Jos. Vlettenberg**, Vorsitzender der Zahlstelle Köln-Sülz; **Georg Welzer**, Vorstandsmittglied der Zahlstelle Brühl. Unseren Glückwunsch. Leider hat HOLL. Welzer seine Auszeichnung nicht mehr erlebt und wurde das Eiserne Kreuz seiner Frau zugesandt.

Neue Milliarden zu neuen Schlägen hat das deutsche Volk freigemacht, damit Kennzeichen der Reichs-schajektrelär treffend das ungemein glänzende Ergebnis der dritten deutschen Kriegsanleihe. Mehr als 12 Milliarden Mark hat sie gebracht, in der Tat ein überaus glänzendes Ergebnis. Wer von uns oder gar von unseren Feinden hätte die Möglichkeit gehalten, daß Deutschland auf dem Wege der Anleihe eine so unerhörte Summe Geldes aufbringen könnte! Daß sie nach 14monatiger Kriegsbauer ausgebracht werden konnte, legt Zeugnis ab für die kerngesunde Verfassung, in der sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, aber auch für den unbeugsamen Willen zum Durchhalten, der das deutsche Volk in allen seinen Schichten befeuert. Ueber 2½ Milliarden Mark hat es bis jetzt durch Anleihen aufgebracht. Das Ergebnis der letzten Kriegsanleihe stellt die größte Finanz-operation der Welt dar. Was England bei seiner letzten Kriegsanleihe (auch 12 Milliarden Mark) nur durch scharfen Druck auf seine Großbanken und allerlei sonstige

Aus dem Lazarett

In der schönen Königsstadt des Sachsenlandes liegt im Kunststadtviertel das große Arsenal des 12. Armeekorps. Hier ist das Bekleidungsamt, Artilleriewerkstätte, Zeughäuser und auch die meisten Kasernen von Dresden untergebracht. Das Traindepot, welches in friedlichen Zeiten zu Lagerräumen bestimmt war, ist jetzt in ein umfangreiches Lazarett verwandelt. Es sind meistens Blodbauten, die sich im Bieder zu einem harmonischen Ganzen vereinigen. Man kann es den großen Hallen beim ersten Anblick ansehen, daß ihre Zweckbestimmung für ein Lazarett größere Umarbeitungen erfahren hat. In einem der Gebäude befindet sich die große Wäscherei, in einem anderen ist die Küche und Wasche untergebracht. Die Verwaltung hat ihren Platz gefunden, wo die Gebäude aneinander stoßen und der Durchgang vom ersten zum zweiten Hofe eingebaut ist. Hier ist auch der große Sportplatz, wo die Lazarettzüge einfahren. In den meisten Blodgebäuden, die teils eine, wenige aber zwei Stockhöhen besitzen, ist die Heizungsanlage mit Badräumen eingebaut. Das ganze Terrain wird umschlossen von zwei Straßen und einem großen Parkstreifen, wo auch die Schießstände sind.

In diesem Lazarett liegen die Säler, Krüder und Säler des Landes, etwa 500 an der Zahl, um Genesung zu finden. Die meisten von ihnen haben ihre Verwundungen oder ihre Krankheit sich auf den russischen Schlachtfeldern geholt. Sie liegen auf den weißen Betten und tragen ihre Leiden in Geduld und Ergebenheit. Es ist ein herrliches und herzerquickendes, wenn anstatt der heulenden Stimmen und russischen Schlachtrufe nur der Engel der Ruhe und Sanftmütigkeit, die Schwestern, durch die Hallen wandern und Kopf und Hand ruhig über dem Kranken halten. Das können oft Angehörige von nah und fern, um die Kranken zu besuchen und die trüben Stunden zu verbringen, die den heillosen Kranken oft anstehen.

Da die Krankheiten sehr verschieden, so muß dementsprechend auch die Behandlung sein. Man muß im allgemeinen große Bewunderung und Anerkennung den Ärzten zollen. Ihre Kunst in den Heilergebnissen steht einzig da. Dankbaren Herzens werden Tausende deutscher Krieger daran denken, was die Ärzte an ihnen getan haben. Für Unterhaltung ist ebenfalls reichlich gesorgt. Außer den Büchern, Zeitschriften und Tageszeitungen, welche auf den Zimmern liegen, ist noch eine Veschalle mit einer Bibliothek eingerichtet. Hier findet man oft die Kameraden fleißig am eifrigen Studium der Tagesereignisse. Die neuesten Telegramme werden außerdem täglich vor dem Verwaltungsgebäude ausgehängt. Für solche Kranke, welche sich schon in Gottes freier Natur ergehen können, ist ein großer Park durch Abzäunung von dem Waldstreifen geschaffen. Hier ist Gelegenheit, sich auf weiches Moos auszustrecken und die kranken Glieder den Sonnenstrahlen zur Erwärmung zu überlassen. Gerade die rheumatischen Krankheiten sind in den Lazaretten mit am häufigsten zu finden. Ein kleiner Tennisplatz mit Segelbooten ladet zum Spielen ein. Auch sind sehr viele Kuchentische geschaffen, wo von den Regimentkameraden, die sich hier wiedergefunden haben, so manche Erinnerung ausgetauscht und wahgerufen wird. Am Ausgange des Parks zieht die Heerstraße durch. Der Name besagt schon, welcher Verkehr sich hier abwickelt. Ununterbrochen ziehen hier Truppen von der Stadt zu den Kasernen und sonstigen militärischen Anstalten. Auch hört man oft vaterländische Lieder und die Klänge einer Militärkapelle der von der Hebung zurückkehrenden Truppen in der Halle wiederhallen. Ferner macht uns das Surren in der Luft darauf aufmerksam, daß die Luftschiffe nicht nur an den Grenzen und im Grenzland Dange halten, sondern auch im Innlande ihre Aufgabe erfüllen. Die „Sachsen“ hat eine Uebungsfahrt hinter sich und zieht abgelenkt ihrem Landungsplatz zu. Fast selbst sehen sehr viele Lieder, welche ihre Kräfte abgemessen haben. Die Vaterlandsveteranen erfüllen von den Tönen der Kap-

der, welche außerhalb der Umzäunung stehen und um die Sichel bitten. Aus allem muß jetzt in der schweren Kriegszeit Geld gewonnen werden, das haben auch die Männer im Kriegsgeld schon eusehen gelernt. Wir bringen sie in die Apotheke und in den Zoologischen Garten, hörte ich sagen, das Pfund bringt uns 8 Pf. ein. Ein kleiner Blondkopf schrie: „Meine Mutter kocht Eichelkaffee!“ Dem Vaterlande auch hier als Kranke noch einen Dienst zu erweisen, besilten wir uns, recht viele dieser nuzähnlichen Dingerchen zu suchen.

Aber auch in anderer Beziehung wird den Kranken für Abwechslung gesorgt. Jede Woche ist einmal Militärkonzert im Hofe des Lazaretts, ferner finden Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten von Dresden statt. Solche, die nicht laufen können, werden per Droschke mit einer Rundfahrt entschädigt. Auch ist Gelegenheit geboten, Unterricht in Stenographie kostenlos zu erhalten. Die Handwerker können Sachkunde besuchen.

Die größte Langeweile haben solche Kameraden, die dauernd ans Bett gefesselt sind. Bei ihnen muß die Unterhaltung durch Lektüre und kleine Spiele geführt und ergänzt werden. Andere versuchen durch Handarbeiten, Söhnen und Zeichnen sich die Zeit zu vertreiben. Auch wird vielfach durch Humor und geselliges Harmonie das eintönige Leben der Schwerverwundeten abwechslungsreich gestaltet.

Die Hausordnung widelt sich täglich pünktlich ab. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr wird aufgestanden und Morgentee getrunken. Die bettlägerigen Kameraden erhalten Beihilfe durch das Pflegepersonal. Zwischen wird Kaffee getrunken. Um 9 Uhr folgt das zweite Frühstück. Die Morgenvisite der Ärzte beginnt gewöhnlich um 8:30 Uhr. Zunächst werden die Kranken auf den Stuben besucht, während später das Verbinden auf dem Verbandszimmer stattfindet. Es ist erfreulich, zu sehen, wie gewissenhaft alles untersucht und geprüft wird. Nachdem die notwendigen Anweisungen gegeben, werden die Lazarettsportie sehr stark. Für die Durchführung derselben

mittliche Wandervereinen konnte, hat das deutsche Volk seiner Regierung freiwillig, man darf sagen: freudig gebracht. Und darin liegt ein nicht gering zu schätzendes Symptom: zeigt es doch, in welchem der beiden Länder die Zurechtweisung auf den Endsieg am größten ist. Das aber darf sich das deutsche Volk mit Gewissheit sagen, daß es mit „silbernen Äugeln“, von denen einer seiner Staatsmänner zu Beginn des Krieges sprach, diesen Weltkrieg nicht gewinnt. Weder mit silbernen, noch mit anderen Äugeln. Deutschland hat weder an dem einen noch an dem anderen Mangel.

Keine Ueberstützung beim Eindecken mit Kartoffeln! Umlich wird aus Berlin folgendes gemeldet:

„Baubauerische hat die Bestimmung, daß die Kartoffeln für die menschliche Ernährung vor Eintritt des Winters nicht oder doch nicht zu annehmbaren Preisen der Bevölkerung in den großen Städten und Industriebezirken zugeführt werden könnten, zu einer lebhaften Nachfrage zu einer Zeit geführt, in der die vorwiegend Kartoffeln erzeugenden Bezirke mit der Ernte kaum begnügen haben. Infolgedessen ist vielfach eine Preissteigerung für die Kartoffeln eingetreten, die bei den sehr günstigen Ernteaussichten nicht begründet ist. Die Bewegung auf dem Kartoffelmarkt wird regierungsseitig mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Regierung verschließt sich nicht der Ueberzeugung, daß der ärmeren Bevölkerung bei der selber unvermeidlichen Steigerung der Preise für die meiste Lebensmittel die Kartoffeln zu vertretbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die hierzu erforderlichen Organisationen sind in Vorbereitung, nötigenfalls wird die Regierung eine Sicherung des für die ärmere Bevölkerung in den Städten und Industriebezirken erforderlichen Bedarfs durch Zwangsmaßnahmen herbeiführen. Im gegenwärtigen Augenblick läßt sich weder der im freihändigen Verkauf noch zu deckende Bedarf an Kartoffeln, noch die Wirkung der hervorragenden Ernte auf die Preisbildung genlegend übersehen.“

Es kann deshalb nur dringend davor gewarnt werden, durch übertriebene Eindeckung einer durch die Verhältnisse nicht begründeten Preistreiberei Vorstoß zu leisten. Besonders lebhaft erhobene Klagen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben die Regierung veranlaßt, zunächst für die Zufuhr größerer Kartoffelmengen nach diesem Gebiete Sorge zu tragen.“

Gegen den Wucher. Um dem im Handel, besonders dem mit Lebensmitteln, sich immer unerträglicher breitmachenden Wucher ein Ende zu bereiten, hat der Bundesrat eine Verordnung beschaffen, welche die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel und eine Ergänzung der bestehenden Vorschriften über Höchstpreise gegen übermäßige Preissteigerungen usw. bezweckt. Nach der neuen Verordnung haben die Behörden unzuverlässigen Personen den Betrieb des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfes zu unterjagen. Der Reichsanwalt und die Landeszentralbehörden können ferner den Beginn eines derartigen Handelsbetriebes von ihrer Erlaubnis abhängig machen. Bei Feststellung von Tatsachen, die Unzuverlässigkeit dartun, sind Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise gegen übermäßige Preissteigerung usw. besonders zu berücksichtigen. Die Wirksamkeit der genannten Vorschriften wird ferner dadurch erheblich gesteigert, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung und gegen einzelne Bestimmungen des Höchstpreisgesetzes nunmehr neben Gefängnis auch schwere Strafen, wie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, zugelassen sind. Auch kann die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, wie dies in der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung bereits vorgesehen ist. — Es bleibt nunmehr zu hoffen, daß die neue Verordnung von

gegen Schwestern und Sanitäter. Um 12 Uhr wird das Mittagessen eingenommen. Darauf tritt gewöhnlich eine Ruhepause ein. Die Kameraden suchen ein schönes Plätzchen im Freien auf oder legen sich zu Bett. Nachmittags um 3 Uhr gibt's Kaffee und um 6 Uhr Abendbrot. Das Essen wird entsprechend der Krankheit verabsolgt und ist darüber nicht zu klagen. Um 9 Uhr beginnt sich alles zu Bett. Bei vielen Kameraden will der erhoffte Schlaf allerdings nicht kommen. Die Schmerzen und Gedanken, die ständig durchs Gehirn jagen, lassen dies nicht zu. Für sie ist es eine Wohltat, wenn der Morgen wieder graut. Andere sind besser daran und können sich wenigstens einige Stunden der Nacht dem Schlafen widmen. So vergehen für manchen Wochen, ja Monate, wo er fern von der Heimat und den lieben Seinen in Geduld seiner Genesung harren muß. Viele werden auch von hier aus Erholungs- und Genesungsheimen überwiesen. Alle aber sind trotz ihrer Leiden und Wehen voller Zurechtweisung und freuen sich, daß es den Kameraden im Felde gelingt, die Feinde immer weiter aufzuhalten und zurückzudrängen.

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß auch zwischen Pflegepersonal, Kranken und Verwaltungsbemantten die größte Harmonie herrscht. Auch die Hausordnung wird pünktlich befolgt. Aufmerksame Kameraden sorgen schon dafür, daß keiner über die Stränge schlägt.

So sehen wir, wie in einem Lazarett, wo nur Liebe und Barmherzigkeit walten, Großes geschaffen wird. Verwundete und Kranke werden dem Vaterlande als brauchbares Glied zurückgegeben. Verlassen geglaubte und von Krämpfen befallene Kameraden werden aufgemuntert und ihnen neue Lebensfreude zugeführt. Soldate, denen das Kriegesleben eine rauhe, trostlose und menschenfreundliche Stimmung beigebracht hat, können versichert sein, daß auch bei ihnen wieder Glück und Zufriedenheit Einzug halten. „Charitas“: wie bittend und schön sind Ihre Blüten.

Leo Reipfer.

den ausführenden Behörden auch entsprechend angewendet wird. Haben diese den Willen, energisch durchzugreifen — die gesetzliche Handhabe dazu haben sie in der neuen Bundesratsverordnung —, so könnte, besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels, innerlich manches besser werden.

Scharfmacherer im Kriege. Zu den Unbelehrbaren in dieser großen Zeit gehören ganz gewiß unsere sozialpolitischen Scharfmacher. Einer von ihnen schreibt in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vom 6. September zur Frage der Arbeitsvermittlung während und nach dem Kriege:

„Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeber-schaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen, gemeinschaftlich zu legen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Unkenntnis des Mittens und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten.“

Das, so bemerkt dazu die Raumannsche „Wife“, nicht eine ganz vereinzelte Stimme aus der Arbeitgeberwelt ist, muß man schon daraus schließen, daß sie in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ laut werden kann. Auf der anderen Seite darf man aber wohl annehmen, daß die Zahl der Verächter der verdienstvollen Gewerkschaftsführer gerade durch die Erfahrungen dieses Krieges immer geringer und einflussloser werden wird.

Nicht Revolution, sondern Reformen. Das ist die Mahnung, die der badische Genosse Kolb im sozial. „Volksfreund“ (Marsruhe) seinen Genossen zuruft. In einem Artikel „Reform und Revolution“ betont er zunächst, was sehr bezeichnend ist: „Daß sie (die Sozialdemokratie) auf dem Boden gesetzlicher Entwicklung steht, ist einfach selbstverständlich. Sie will nicht Gewalt, weil sie ihren Absichten schadet. Und zum Schluß heißt es wörtlich:

„Keine Generation hat die Pflicht, sich der Zukunft so zu opfern, daß ihre eigene Gegenwart verloren ginge. Aber außerdem kann keine Generation besser für die Zukunft sorgen, als indem sie, mit dem Blick auf das große Ideal gerichtet, für sich selber sorgt. Und darum Reform, und nochmals Reform, alle Tage Reform. Je mehr, desto besser. Wir wollen den Himmel nicht erst in späterer Zukunft, sondern schon heute. Auch sind wir bescheiden genug, zu meinen, daß wir das heute Erreichbare am besten beurteilen können. Für die weite Zukunft mögen die Zukunftsmenschen sorgen. Auch die haben ja Kopf und Hände, ihre Welt zu gestalten. Wir wollen heute leben und gedeihen. Auf die „Revolution“ aber, wohlgerichtet, in Gänsefüßchen, die da mal später kommen soll, um uns plötzlich ganz und gar zu befreien, setzen wir gar keine Hoffnung. Sie ist Illusion. Und nicht einmal eine schöne! Denn wer von uns hätte denn Hoffnung, sie zu erleben! Fort mit dieser Illusion!“

Seinabe genau so sagten wir das früher immer schon über schlummernde sozialdemokratische Gedankengänge. Nur wurde es uns von den Freunden des Genossen Kolb nicht geglaubt. Vielleicht hat er darin mehr Glück.

Beschwerden des Soldatenlebens! Die Schwierigkeiten des Soldatenlebens kommen in zahlreichen Feldpostbriefen aus der Front, der Etappe und den Reservatendepots zum Ausdruck. Augenchein war das Soldatenleben, besonders das Reservatensein, niemals. Daß es während des Krieges ein aufopferungsvolles Dasein ist, insbesondere für die älteren Leute, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Es ist auch natürlich, daß der eine die Strapazen und Unannehmlichkeiten leichter erträgt, als der andere. Und ebenso läßt es sich nicht ganz vermeiden, daß bei solchen Millionenheeren, wie sie in diesem Weltkriege zusammengestellt werden, vereinzelt Lebergriffe und Mißbräuche auftreten, die bei den Mannschaften Unzufriedenheit erzeugen. Der eine klagt über die Bekleidung, der andere über mangelhafte Unterkunft, wieder ein anderer über das Essen usw. Im Kriege läßt sich nun einmal nicht alles so am Schmirchen ordnen, wie im Frieden. In erfreulicher Weise ist die Militärverwaltung ernstlich darauf bedacht, etwaige Mißstände abzustellen und weitere nach Möglichkeit zu verhindern. Daß beweist unter anderem der Erlaß des Kriegsministeriums über die Ausbildung des nichtgedienten Landsturmes. Wenn deshalb unsere Kollegen draußen bei der Armee nicht auf jeden Feldpostbrief an Organisationsleitungen oder Abgeordnete Antwort erhalten und keine direkte Vordering wahrnehmen, so dürfen sie doch versichert sein, daß sowohl seitens unserer Organisationsleitungen, und vor allen Dingen auch seitens der Abgeordneten alles geschieht, um im Einvernehmen mit den militärischen Stellen Maßnahmen zu veranlassen, welche das Los unserer Soldaten nach Möglichkeit erleichtern. Als ein der christlichen Arbeiterbewegung nahestehender Reichstagsabgeordneter in der Budgetkommission des Reichstages den Grundsat für unsere Armee aufstellte: Stramme Ausbildung, gerechte Behandlung und gute Verpflegung! — fand dies allseitige Zustimmung, auch seitens des Vertreters des Kriegsministeriums. Dieser Grundsat in der Praxis durchzuführen, ist das ernstliche Bestreben der obersten Militärinstanzen wie auch aller Organe, denen die Wahrung der Interessen und Rechte des Volkes obliegt.

Der Baumarkt im Monat August 1915.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsbl.“ für den Monat August ist die Lage des Baugewerbes in den meisten

Gegenden noch immer ungünstig, nur aus einigen wenigen Städten lagen günstigere Berichte vor. Der „Baumaterialien-Markt“, Zentralorgan für den gesamten Baumarkt, Leipzig, schreibt:

„Ereignisse von Einfluß auf die Gestaltung des Baumarktes waren im Monat August nicht zu verzeichnen. Doch immer werden Bauhändler nur verschwindend wenig errichtet, und fast ausschließlich von gemeinnützigen Bauvereinen und ähnlichen Körperschaften, sowie von größeren Werken und Aktiengesellschaften für ihre Beamten und Arbeiter. Allerdings scheint eine kleine Zunahme in den Entwürfen für Eigentümer und Wohnhausbauenten sicherer Bauherren eingetreten zu sein. Die Errichtung von Fabrikbauten beschränkt sich zumeist auf Um- und Erweiterungsbauten solcher Firmen, die mit Hochleistungsgewerkschaften beschäftigt sind. Die Ausführung solcher Bauten verläuft sich erfreulicherweise über das ganze Reich. Obwohl die Behörden sichtlich bemüht sind, durch die Errichtung von Bauten bessernd auf die Lage des Baumarktes einzuwirken, haben doch die durch den Krieg herbeigeführten Umstände, welche vertenernd auf die Bauausführung einwirken, bereits verschiedentlich dazu geführt, daß Behörden infolge Ueberbesetzung der Ausschusszimmer ganz von der beabsichtigten Bauausführung abgesehen haben. Derartige Entscheidungen werden von den Bauausführenden überaus schwer empfunden, und es ist dringens zu wünschen, daß diese Maßnahmen möglichst bald wieder rückgängig gemacht werden, da es für das Baugewerbe von schwerwiegendsten Folgen sein müßte, wenn auch noch die behördliche Baulastigkeit weitere Einschränkung erlähre.“

Nach den öffentlich zur Anschreibung gelangten Zifferen ergibt sich folgendes Bild des Baustoffbedarfs im August: Der Ziegelbedarf stellte sich nur etwa auf die Hälfte der im Juli verlangten Menge. In Zement gelangte Knapp ein Viertel des Antbedarfs zur Ausschreibung. Der im August öffentlich zur Ausschreibung gelangte Stahlbedarf war höher als im Juli. Da der August 1911 als erster Kriegsmonat mit seiner plötzlichen Störung in Handel und Verkehr naturgemäß ein ganz abnormes Bild bot, muß die Gegenüberstellung der Zahlen vom August 1915 und August 1911 unterbleiben.

Die Baulastigkeit in den zerstörten Gebieten Ostpreußens beschränkte sich noch auf die Errichtung der notwendigsten Bauten, d. h. der landwirtschaftlichen Gebäude, insbesondere Ställe und Scheunen. Diese werden so eingeteilt, daß sie vorläufig als Wohnwohnung der Besitzer mit verwendet werden können. Die Wohnbauten werden erst später folgen. In den Städten liegt die Baulastigkeit bis auf die Errichtung einiger Geschäftshäuser noch still. Was den Baustoffbedarf betrifft, so wird für die Holzbauten in erster Linie Holz benötigt. Auch für Dachziegel liegt das Geschäft günstig. Die Preise für Mauersteine und Dachziegel gingen aufwärts. Dieser Umstand trägt vielleicht dazu bei, daß der vielbegehrte Frachtnachlaß auf die Dachziegelabriksate anderen als Ost- und westpreussischen Ursprungs ausgedehnt wird. Mit Rücksicht auf den nahenden Winter war auch der Absatz in Radelöfen lebhaft. Auch für Holzriegel und Deckensteine war Bedarf, sowie für Drainrohre. Gute Absatzausichten eröffnen sich für Schotter zum Straßenbau. Die Preise für alle Baustoffe ziehen an, und dadurch sowie durch die erschwerte Baustoffbeförderung und den Mangel an Arbeitern erhöhen sich die Baukosten. In einer Anzahl ländlicher Kreise Ostpreußens werden jetzt außer den bereits geschaffenen Bauberatungsämtern auch noch landwirtschaftlich Bauämter eingerichtet, die den Landwirten bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebäude zur Seite stehen sollen. Ueberhaupt sind die Vorbereitungsarbeiten bei dem großen Umfange der Gebäudeschäden ganz gewaltig. Ende August fand durch die preussischen Landtagsabgeordneten eine Besichtigungsfahrt durch die zerstörten Gebiete Ostpreußens statt. Wichtig für die Wiederherstellungsarbeiten in Ostpreußen ist die Maßnahme, daß neuerdings die Freigabe für die Rückkehr der Flüchtlinge auch in die hierfür bisher ausgeschlossenen Teile Ostpreußens erfolgt ist.

Für die Wiederaufbauarbeiten in Ost- und Westpreußen sind ähnliche Maßnahmen geplant wie in Ostpreußen. Vorläufig handelt es sich naturgemäß nur um vorbereitende Schritte.“

Die Entlohnung der Frauenarbeit

Ist infolge der Entwicklung des Arbeitsmarktes, die eine gewaltige Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit gebracht hat, Gegenstand sozialer Besorgnisse und öffentlicher Erörterungen geworden. In der gewerkschaftlichen Arbeiterpresse wird ernstlich darüber geklagt, daß die weiblichen Arbeiter vielfach als willige und billige Kräfte ausgenutzt werden. Der von der Arbeiterbewegung vertretene Grundsatz: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, wird als undurchführbar abgelehnt und findet in der Praxis keine Beachtung. Den Arbeiterorganisationen kann es nicht verübelt werden, wenn sie sich gegen eine unzureichende Ausnutzung der Frauenarbeit und die daraus resultierenden lohndrückenden Folgen zur Wehre setzen. Für das Gebiet der Heimarbeit, wo in der Hauptsache weibliche Arbeiter in Frage kommen, haben eine Anzahl angesehener wirtschaftlicher Organisationen schon eine gemeinsame Aktion eingeleitet, um den lohndrückenden Tendenzen entgegen zu wirken.

In der sonstigen industriellen Kriegsarbeit ist das nicht minder notwendig. Aus den Kreisen der Metallarbeiter wird vor allem darüber geklagt, daß der Arbeitslohn für Arbeiterinnen vielfach um 20-50 Prozent geringer angesetzt wird, als der für männliche Arbeiter, und daß manchmal auch der den weiblichen Arbeitern gezahlte Tagelohn mit ihrer Arbeitsleistung nicht im Einklang steht. Eine Umfrage im Textilgewerbe ergab ebenfalls, daß manche Betriebe, die Arbeiterinnen mit bisheriger Männerarbeit betrauen, sie geringer entlohnen, als früher die männlichen Arbeiter, obwohl die Arbeiterinnen verschiedentlich das Gleiche leisteten. — In der Gewerkschaftspresse (vergl. u. a. christliche „Textilarbeiter“

Zeitung" Nr. 37, 1915) werden fortlaufend drastische Einzelfälle der Deffentlichkeit unterbreitet, die den Beweis für vorstehende Behauptungen erbringen. Auch die Lohnstatistik der Ortskantontafel der Stadt Berlin beweist das Bestreben, die weibliche Kraft möglichst gering zu entlohnen. Die Klasse zählte Anfang 1914 insgesamt 252 703 weibliche Mitglieder. In der Lohnklasse I (1,16 bis 2,15 M.) befanden sich 28,7 Prozent; in Lohnklasse II (2,16—3,15 M.) 34,2 Prozent; in Lohnklasse III (3,16 bis 4,15 M.) 10,2 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in Lohnklasse I ist bis Jahreschluß ununterbrochen gestiegen. In Lohnklasse III sank jedoch die Zahl der weiblichen Mitglieder von 113 223 im Mai auf 53 836 im Dezember. Die Lohnklasse IV (4,16—5,15 M.) wies im März 30 603, im Dezember noch 18 432 weibliche Mitglieder auf.

Die geringere Entlohnung der Frauenarbeit ist nicht nur an sich ungerecht und zu verurteilen, sie bildet auch eine Gefahr für die Lebensbedingungen der Gesamtarbeiterschaft, weil durch die Konkurrenz der billigeren Frauenarbeit das Lohnniveau allgemein auch für die männlichen Arbeiter heruntergedrückt wird. In diese Zeit der Teuerung sind derartige Erscheinungen doppelt besorgniserregend, weil die Gefahr der Unterernährung und Schwächung der nationalen Volkskraft eine unausbleibliche Folge ist. Den Unternehmern, die die Frauenarbeit als Gewinnobjekt auszunutzen suchen, muß deshalb mit allen verfügbaren Mitteln eine gerechtere Wertung der Frauenarbeit anerkundet werden. Die Gewerkschaften betrachten es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben in dieser schweren Zeit, die Rechte der Arbeiterinnen wahrzunehmen und sie vor jeder Ausbeutung zu schützen. Wo der Einfluß der Gewerkschaften dazu nicht ausreicht, muß die öffentliche Meinung und die Staatsgewalt eingesetzt, um den arbeitenden Frauen ein erträgliches Dasein zu sichern.

Aus den Tarifämtern

Tarifamt Düsseldorf.

Verhandelt den 31. August 1915.

Zur Verhandlung über den Antrag des Zementeurs Jakob Rivaletto hier selbst auf Verpflichtung der Firma Feinz. Redemann hier zur Zahlung des Lohnes für einen Tag und ausgelegten Jahrgeldes, war auf heute nachmittag 5 Uhr eine Tarifamtssitzung anberaumt.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, erläuterte den Sachverhalt und stellte die Frage, welche Forderung an die Firma Redemann gestellt werde. Es wurde darauf folgende Berechnung aufgestellt:

Lohn für 10 Stunden à 71 Pf. =	7,10 M.
Jahrgeld	3,40 "
Lohnzuschlag (auswärtige Arbeit)	2,00 "
zusammen =	12,50 M.

Die Arbeitnehmer vertraten den Standpunkt, daß Rivaletto nicht verpflichtet gewesen sei, die Arbeit auf der Baustelle in Gusskirchen aufzunehmen, weil ihm der Bauführer bzw. der Polier erklärt habe, er erhalte nur einen Lohn von 64 Pf. für die Stunde. Der Bauführer bzw. der Polier setze in Gusskirchen den Lohn fest. Rivaletto habe sich demnach nach deren Angaben richten müssen.

Demgegenüber waren die Arbeitgeber der Ansicht, daß Rivaletto die Arbeit habe aufnehmen müssen, weil er von dem Unternehmer Redemann selbst angenommen sei und dieser den Lohn festsetze. Rivaletto habe sich nicht nach den Angaben des Bauführers bzw. des Poliers zu richten brauchen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Firma Redemann, wenn Rivaletto die Arbeit angetreten hätte, 71 Pf. für die Stunde hätte zahlen müssen.

Der Unternehmer Redemann erklärte, daß er sich die Festsetzung des Lohnes für die Baustelle in Gusskirchen vorbehalten habe. Das gehe auch schon daraus hervor, daß er stets bei den Lohnungen anwesend sei. Rivaletto würde 71 Pf. erhalten haben, hätte er die Arbeit angetreten.

Der Vorsitzende gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Bauführer bzw. Polier nicht korrekt gehandelt habe; dessenungeachtet hätte Rivaletto die Arbeit aufnehmen müssen. Er ziehe jedoch in Betracht, daß Rivaletto Italiener und deshalb mit den Verhältnissen nicht so vertraut sei, wie ein hiesiger Arbeiter.

Er schlage vor, sich zu einigen und dem Rivaletto die Hälfte, also 6,25 M. zuzubilligen. Daß der Mann zur Baustelle nach Gusskirchen hingeschickt worden sei, darüber sei man sich einig.

Da eine Einigung nicht zur erzielen war, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag, die beanspruchten 12,50 M. zu bewilligen, wurde mit 4 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dahingegen wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, dem Rivaletto die Hälfte mit 6,25 M. zuzuerkennen, mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Unternehmer Feinz. Redemann zahlte hierauf in Gegenwart des Tarifamts den Betrag von 6,25 M. an Herrn Traub, der den Antrag für Rivaletto gestellt hatte, aus. Dieser erklärte sich zur Weitergabe des Betrages an letzteren bereit.

Internationale Gewerkschaftsstatistik

Nach einer Zusammenstellung des Kaiserlich Statistischen Amtes (11. Endebericht zum Reichsarbeitsblatt: Die Verhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913". Karl Hermanns Verlag, Berlin, September 1914 S. 10) werden in den wichtigsten Industrieklassen der Erde im Jahre 1913 Arbeiterorganisations-

mit einer Gesamtmitgliederzahl von 13 892 434 ermittelt. Davon entfallen auf Deutschland 3 753 807, Großbritannien 3 281 003, Vereinigte Staaten von Nordamerika 2 526 112, Frankreich 1 027 059, Italien 971 667, Oesterreich 692 681, Schweden 121 866, Niederlande 189 030, Belgien 231 835, Dänemark 139 012, Schweiz 131 380, Ungarn 111 966, Norwegen 67 318, Spanien 100 000, Finnland 23 839, Rumänien 9708, Bosnien-Herzegowina 5522, Serbien 5000, Kroatien-Slawonien 6783, Rußland 3000, Australischer Bund 433 224, Neuseeland 60 622, zusammen 13 892 434.

Ueber die Klassenverhältnisse liegen nicht von allen Ländern Angaben vor. Unter den bedeutendsten Industrieländern, für die Angaben über Einnahmen und Ausgaben für das Berichtsjahr 1912 gemacht werden konnten, steht Deutschlands gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mit 89 770 276 M. Einnahmen an der Spitze. Bei den Ausgaben steht jedoch England an der Spitze mit 77 994 851 M., desgleichen mit 109 030 703 M. Vermögens-

Kassenverhältnisse ist zu berücksichtigen, daß in den Ziffern für Deutschland nur die drei Hauptgewerkschaftsgruppen — christliche, freie und Kirch- und Dunderische Gewerkschaften — in Anrechnung gebracht sind.

Die Gesamtübersicht der Arbeiterorganisationen aller Länder in den vom Reichsarbeitsblatt erfassten Ziffern zeigt uns eine Massenbewegung, wie sie bisher in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen ist. Der gegenwärtige Krieg wird die Arbeiterbewegung zweifellos in den am Krieg beteiligten Ländern zunächst erheblich hemmen, da und dort wohl um Jahre zurückwerfen, aber dauernd unterbinden werden die kriegerischen Ereignisse die Gewerkschaftsbewegung nicht. Nach dem Friedensschluß werden sich die Organisationen vielmehr wieder schnell erholen und voraussichtlich zu einer bisher nicht erreichten Macht und Stärke entwickeln. Und Deutschland wird hier — wie auf so vielen anderen Gebieten — ohne Zweifel mit die erste Stelle einnehmen und behaupten.

Kleine Streitigkeiten

und Schuldforderungen rascher und billiger zu erledigen, um das Vergleichsverfahren mehr zu fördern und die Verichte zu entlasten, sind durch Bundesratsverordnungen verschiedene Vorschläge über die Rechtspflege geändert worden. In den neuen Vorschriften über „Eühneversuch und Verfahren in geringfügigen Sachen“ wird gesagt: Im Verfahren vor den Amtsgerichten (die bekanntlich für Streitfälle bis zu 600 M. Wert, für Mietstreitigkeiten, Bescheidungen usw. zuständig sind) soll der Richter vor Eintritt in die Verhandlung die Eühne versuchen. Im Gewerbegerichtsgebiet ist dieses Verfahren in allen Fällen längst angeordnet. Er scheint der Beklagte nicht, so bleibt der Eühneversuch erfolglos und es kommt zur gerichtlichen Verhandlung und zum Gerichtsentscheid.

Wie beim Gewerbegerichtsverfahren wird in der neuen Bundesratsverordnung auch beim Verfahren vor dem Amtsgerichten die Vertretung durch Rechtsanwälte beschränkt. Zu diesem Zwecke wird der § 91 Abs. 2 der Zivilprozessordnung außer Kraft gesetzt. Der Hauptinhalt dieses Paragraphen lautet: „Die Gebühren und Auslagen des Rechtsanwalts der obliegenden Partei sind in allen Prozessen zu erstatten.“ Das wird nun nicht mehr geschehen in Streitfällen, bei denen es sich um nicht mehr als 50 M. handelt, sowie im Verfahren auf erhobene Privatklage.

Zobann wird die Verurteilung ausgeschlossen bei Entscheidungen über vermögensrechtliche Ansprüche von weniger als 50 M. Die Bewilligung von Zahlungsrufen, die auf Grund der §§ 3 u. 4 der Verordnung vom 21. Mai 1915, auf Antrag des Beklagten, bis zu drei Monaten durch Gerichtsurteil bewilligt werden können, bleibt nach wie vor möglich. Die Anfechtung eines Anerkennnisurteils nur wegen der Zahlungsfrist mittelst Beschwerde wird jedoch ausgeschlossen, wenn der Betrag der Forderung nicht mehr als 50 M. beträgt.

Wer außer Stande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten eines Prozesses zu bestreiten, hat Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts. Dem Gesuche darum an die Behörden mußte bisher ein Zeugnis beigegeben werden über Vermögens- und Familienverhältnisse. Nach der neuen Verordnung ist das nicht mehr nötig, wenn von einem unehelichen Kinde ein Anspruch auf Unterhalt gegen seinen Vater geltend gemacht werden will.

Diese Bestimmungen treten am 1. Oktober 1915 in Kraft und bleiben bis nach dem Kriege bestehen.

Bekanntmachungen

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 10. Oktober, der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Zur Beachtung

für nach Ostpreußen reisende Kollegen!

Es ist vielfach vorgekommen, daß Kollegen, besonders solche aus den Provinzen Posen und Schlesien, in Ostpreußen durch unseren Zentralarbeitsnachweis Arbeit annehmen und sich dann erst nach Wochen und Monaten, oftmals überhaupt nicht, auf unserem Sekretariat in Königsberg anmelden. Dadurch wird nicht nur die persönliche Verbindung, die aus verbandsgeschäftlichen Gründen unbedingt erforderlich ist, gänzlich verhindert oder ungebührlich erschwert, sondern es geht uns überhaupt jede Uebersicht über den Umfang unserer Arbeitsvermittlung nach den Aufbaugebieten verloren. Wir bedürfen dieser Uebersicht aber dringend. Alle zureisenden Mitglieder haben sich daher auf unten bezeichnetem Bureau zu melden. Das gilt jedoch nicht nur für ihre eigene Person, sondern auch für die von ihnen mitgenommenen unorganisierten Kollegen, und zwar mit genauer Angabe der Adressen. Uebrigens sollen die Vorstände die unorganisierten Kollegen vor ihrer Abreise dem Verbandsbüro zuführen. Dieser Pflicht soll sich weder der Vorstand einer Zahlstelle, noch das einzelne Mitglied entziehen.

Also nochmals: Jedes nach Ostpreußen zureisende Mitglied hat sich selbst und die mit ihm reisenden unorganisierten Kollegen am Bureau der Bezirksleitung in Königsberg i. Pr., Altpöbische Bergstraße 50, zu melden. August Schönfeld, Bezirksleiter.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Heinrich Gahmüller. Zahlstelle Drensteinfurt.
- Anton Wulle. Zahlstelle Herbern.
- Georg Striedter aus Heuchelheim (Westerwald). Zahlstelle Ohligs.
- Felix Müller, Ritter des Eisernen Kreuzes. Verwaltungsstelle Wronke.
- Heinrich Weiterer. Zahlstelle Vorsum.
- Johann Riese. Verwaltungsstelle Warsberg.
- Heinrich Bredel aus Spedhorn.
- Johann Helbing aus Edlinigerode, beide Inhaber des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Necklinghausen.
- August Römer. Zahlstelle Hildesheim.
- Jakob Hermfen aus Geldern. Verwaltungsstelle Krefeld.
- Gregor Herrmann, Ritter des Eisernen Kreuzes. Augustin Ewald. Zahlstelle Dortmund (Maurer).
- Karl Deppe. Verwaltungsstelle Bischofferode.
- Eduard Ranngiser. Zahlstelle Westhausen.
- Josef Heiber. Zahlstelle Düsseldorf-Holthausen.
- Heinrich Rethschulte, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse, vorgeschlagen zum Eisernen Kreuz I. Klasse.
- Wilhelm Witte. Zahlstelle Osnabrück.
- Fritz Leyenbeder. Zahlstelle Eöln (Plattenleger).
- Philipp Kohlbecher. Zahlstelle Eöln.
- Aloys Kunz. Zahlstelle Eöln-Rülheim.
- Georg Belzer. Zahlstelle Brühl b. Eöln.
- Ed. Dietrich aus Merkshausen. Verwaltungsstelle Bremen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1279 brave Kollegen entziffen.

Verichtigung. Die Meldung vom Heldentod des Koll. Dredmann ist trüfentlich geschehen und daher rückgängig zu machen. Zahlstelle Düsseldorf-Holthausen.

bestand. Beachtenswert ist in der Statistik des „Reichsarbeitsblattes“ auch die Uebererung der Ausgaben. Nehmen wir einige der bedeutendsten Länder heraus, so steht mit der Streik- und Aussperrungsunterstützung England weit oben an. Die britischen Gewerkschaften veranlagten 1912 für diesen Zweck 28 047 634 M., die deutschen Gewerkschaften 14 562 662 M., die österreichischen Arbeiterverbände 1 365 530 M. Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wurde gezahlt in England 12 192 305 M., in Deutschland 9 793 043 M., in Nordamerika 1 075 072 M., in Oesterreich 1 688 899 M. Krankenunterstützung, einschließlich Invaliden- und Sterbegeld, verzeichnet England 23 408 816 M., Deutschland 15 029 449 M., Nordamerika 10 495 757 M. und Oesterreich 1 789 338 M. Die Gesamtsumme der im Jahre 1912 ausgezahlten Unterstützungen betrug in England 35,8 Millionen Mark, Deutschland 25,4, Nordamerika 11,5, Oesterreich 1,1, Dänemark 1,9 Millionen Mark. Die übrigen Länder liegen unter einer Million. Bei dem Vergleich der